



Alternative für Deutschland Mecklenburg-Vorpommern,
Woldegker Str. 27, 17033 Neubrandenburg

Europa-Union MV e.V.
5. Ringstrasse, Wieckhaus 53
17033 Neubrandenburg

Antworten WPS der Europa Union Mecklenburg-Vorpommern der AfD-Fraktion im Landtag von MV

Landwirtschaft, ländliche Räume und Fischerei

Frage 1

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) ist das wichtigste Förderinstrument für Landwirtschaft und ländliche Räume in Mecklenburg-Vorpommern. Wie beurteilen Sie die aktuellen Diskussionen auf der EU-Ebene zur künftigen GAP und zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR)? Wie wollen Sie darauf Einfluss nehmen, und welche regionalspezifischen Maßnahmen wollen Sie im Rahmen der GAP ergreifen, um Wertschöpfung und Umweltschutz in Mecklenburg-Vorpommern besser zu verbinden?

Alle bisherigen Förderformate der Kohäsions- und Agrarpolitik werden zukünftig im „Europäischen Fonds für wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Fischerei und Meere, Wohlstand und Sicherheit für den Zeitraum 2028-2034 (NRPP-Verordnung)“ subsumiert, die GAP verliert dadurch ihre Eigenständigkeit. Die Debatten zu GAP und MFR bestätigen: Brüssel greift mit Auflagen, Bürokratie und Umverteilung zu tief in die Landwirtschaft ein. Wir wollen mehr nationale und regionale Entscheidungsspielräume. Fördermittel müssen echte Leistung honorieren: Familienbetriebe, Junglandwirte, regionale Verarbeitung, Direktvermarktung, Herkunftsschutz, Bioökonomie, integrierten Pflanzenbau und freiwillige Naturschutzleistungen statt pauschaler Verbote.

In der Agrar- und Fischereiwirtschaft herrscht derzeit große Unsicherheit über ihre zukünftigen Einkommensperspektiven (Wegfall der 1. Säule). Die Mittel des MFR 2021-2027 für die Agrarpolitik (GAP) von 23,2% wurden jetzt beim zukünftigen MFR 2028-2034 auf 15,1% vermindert. Für das Gesamtvolumen des (NRPP)-Fonds wurde für den Bereich Klima- und Umweltziele eine beachtliche Quote von 43% der Mittel festgelegt. Durch strategisch ergänzende und verstärkende Landesprogramme könnte für freiwillige gemeinsame Projekte sowohl für die GAP als auch für Umweltmaßnahmen zusätzlich Wertschöpfung entstehen.

Frage 2

Wie wollen Sie mit Hilfe der EU den notwendigen Artenschutz und zugleich den Erhalt der Berufsfischerei in den Küstenregionen Mecklenburg-Vorpommerns sicherstellen? Welche Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie planen Sie?

Seite 1 von 12

Wir bekennen uns klar zur traditionellen Küstenfischerei und unterstützen die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Fischer. Das ist auch ein Teil maritimer Kultur und Identität. Artenschutz und Berufsfischerei dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir setzen auf wissenschaftliche Bestandsdaten, regionales Management, pragmatische Fangmengen und enge Abstimmung mit Fischern und Anglern. Pauschale Verbote und praxisferne Einschränkungen lehnen wir ab. Durch Fangquoten und Artenschutzmaßnahmen sind die Einkünfte der Fischer meist nicht mehr existenzsichernd. Deshalb fordern wir die Einrichtung eines zweckgebundenen Fischereifonds für MV für Soforthilfen. Refinanziert werden soll dieser Fonds aus Einnahmen der Offshore-Ausschreibungen, verringern diese ja die Fangflächen. Zusätzlich brauchen Fischer auch neue berufliche Perspektiven. Deshalb wollen wir ein Sea-Ranger-Programm für Fischer als „Förster der Meere“. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz und zur Forschung.

Die Zielerreichung der WRRL der EU ist aus heutigem Zustand der Gewässer in MV bis Ende 2027 nicht erreichbar. Mehr Geld und Personal für die Kommunen wird die Zielkonflikte nicht lösen. Kommunen wollen wir bei der Wasserrahmenrichtlinie unterstützen durch mehr Landesfachberatung, weniger Bürokratie, realistische Fristen, ausreichende Finanzierung für Gewässerunterhaltung, Abwasser, Renaturierung und Nährstoffmanagement.

Wissenschaft, Bildung und Jugend

Frage 3

Wie wollen Sie sicherstellen, dass Mecklenburg-Vorpommern als Forschungsstandort im Ostseeraum gegenüber hochfinanzierten Zentren in Skandinavien konkurrenzfähig bleibt, und welchen Beitrag wollen Sie zur europäischen Forschungskooperation leisten?

Die wettbewerbs- und zukunftsfähige Finanzausstattung der Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern wollen wir durch eine höhere Grundfinanzierung erreichen. Damit würde auch der Druck und die Abhängigkeit der Hochschulen von der Einwerbung von z. B. Drittmitteln und EU-Fördermitteln gemindert. Aktuell erreicht MV bei den vom Land gewährten Finanzmitteln zur Ausstattung pro Professur/Jahr, nicht annähernd das Niveau des bundesdeutschen Durchschnitts, sondern lediglich ungefähr 70%. Um diesen Wettbewerbsnachteil auszugleichen, sollte sukzessive die finanzielle Ausstattung pro Professur/Jahr an den bundesdeutschen Durchschnitt angeglichen werden. Ebenso sollten die tatsächlichen Personalkostensteigerungen und Sachmittel- und Betriebskostensteigerungen erstattet werden.

Die Bündelung und Stärkung von Forschungswissen und von Ressourcen der Forschung ist durch viele europäische Formate gut aufgestellt. An dieser Stelle erwarten wir dadurch, dass das erfolgreiche Förderprogramm HORIZON EUROPE zukünftig stark mit dem „Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit (MFR 2028-2034)“ verknüpft sein wird, eine noch intensivere Kooperation mit der Wirtschaft.

Die Forschungsinfrastruktur an den Hochschulen und Instituten in Mecklenburg-Vorpommern muss in Hinsicht auf technologische Ausstattung und auskömmliche Kapazitäten ausgebaut werden.

Frage 4

Wie wollen Sie junge Menschen in Mecklenburg-Vorpommern stärker an europäische Politik heranführen, ihre politische Beteiligung fördern und europäische Bildungs- und Austauschprogramme im Land ausbauen?

Inhalte über relevante europäische Themen sollten in den Schulen/Berufsschulen politisch und weltanschaulich neutral vermittelt werden. Dies sollte auch in den Curricula vorgesehen sein. Die Schulen und Ausbildungsbetriebe sind hier die zentralen Impulsgeber, junge Menschen für einen möglichen Aufenthalt in Europa zu interessieren/zu motivieren, da sie auch die Antragsbefugnis haben. Es bieten sich folgende Programme an: Erasmus+ (für Schüler und Auszubildende); Erasmus+ (für ein studentisches Auslandssemester); Berufsbildung ohne Grenzen (BMBF); Angebote Deutsch-Europäischer Jugendwerke; Auch die Absolvierung eines „Freiwilligen sozialen Jahres“ in Europa wird neben anderen Anbietern z. B. vom ESK-Europäisches Solidaritätskorps angeboten.

Alle erwähnten Möglichkeiten sollten durch geeignete Sichtbarmachung (Thementage; auf Messen; Berufsberatung u.a.) mehr Resonanz erzeugen.

Frage 5

Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit junge Menschen in Mecklenburg-Vorpommern bessere Chancen auf europäische Mobilität, Bildung, Ausbildung und grenzüberschreitenden Austausch erhalten?

Verweis auf die Antwort zu Frage 4. Zudem gibt es einige Informationsportale, über die sich junge Menschen in Eigeninitiative über den Zugang und die Fördermöglichkeiten kundig machen können.

Energie, Infrastruktur und Wirtschaft

Frage 6

Welche europäischen Rahmenbedingungen braucht Mecklenburg-Vorpommern, um sein Potential für Offshore-Windenergie in der Ostsee voll auszuschöpfen? Wie wollen Sie sich für deren Umsetzung einsetzen?

Die AfD lehnt den Ausbau der Windenergie auf dem Meer strikt ab und wir fordern einen sofortigen Stopp der entsprechenden Projekte. Die Offshore-Windparks stellen nicht nur einen erheblichen Eingriff in das marine Ökosystem der Ostsee dar, sondern es sind auch wirtschaftliche Nachteile, beispielsweise durch eine Beeinträchtigung der Küstenlandschaften und des Tourismus zu befürchten. Wir verweisen auch auf ökonomische Risiken durch steigende Offshore-Netzumlagen. Für die Unternehmen und Haushalte sind dies erhebliche Mehrbelastungen

Frage 7

Wie wollen Sie den Ausbau grenzüberschreitender Energieinfrastrukturen im Ostseeraum unterstützen, insbesondere Strom- und Wasserstoffkorridore zwischen Deutschland, Polen, Dänemark und Schweden?

Die Wasserstoffwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern lässt bislang keine hinreichenden Anzeichen für die Entstehung eines selbsttragenden Marktes erkennen. Insbesondere die Nachfrage nach Wasserstoff in mehreren zentralen Anwendungsbereichen bleibt deutlich hinter den ursprünglichen Prognosen zurück. Wir fordern daher von der Landesregierung einen umfassenden Bericht über sämtliche durch das Land geförderte Wasserstoffprojekte, der die Höhe der bewilligten und bereits ausgezahlten Fördermittel, die jeweiligen Projektziele, den aktuellen Umsetzungsstand, die bislang erreichten Ergebnisse, die erwarteten Folgekosten sowie eine aktualisierte Einschätzung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit enthält. Bis zur Vorlage dieser Evaluierung sollen keine neuen Landesmittel für kommerzielle Wasserstoffprodukte bewilligt werden.

Grenzüberschreitende Energieinfrastruktur unterstützen wir dort, wo sie Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Naturschutz verbessert. Reine Subventionsprojekte für Strom- und Wasserstoffkorridore lehnen wir ab, wenn diese einzig der Integration erneuerbarer Energien dienen. Dass Deutschland dänische Photovoltaikanlagen subventioniert, obwohl diese nicht auf deutschem Staatsgebiet liegen, hinterfragen wir kritisch. Vorrang haben technologieoffene Lösungen, Pipelinegas als Brücke, Kernenergie, Geothermie, stabile Netze und strenge Umweltverträglichkeitsprüfungen, damit Küsten, Fischerei und Tourismus nicht geopfert werden.

Frage 8

Wie wollen Sie die Rolle der Ostseehäfen Mecklenburg-Vorpommerns, etwa Rostock und Sassnitz/Mukran, als europäische Knotenpunkte stärken und Fährverbindungen in andere europäische Länder verbessern? Welche industriepolitischen Impulse wollen Sie setzen, um die maritime Wirtschaft und Hafenindustrie Mecklenburg-Vorpommerns im Ostseeraum zu stärken?

Der Hafen Sassnitz/Mukran sollte zum Skandinavien- und Baltikum Hub werden. Dazu wollen wir den klassischen Güterumschlag und Fährverkehr reaktivieren. Die vorhandenen Breitspur-Gleisanlagen sollen für osteuropäische Bahnen bereitgestellt werden. Ebenso sollen die Mehrzweck-Terminals wieder für verschiedene Nutzungen dem internationalen Transitverkehr erschlossen werden. Damit der Hafen Sassnitz/Mukran als multifunktionaler Wirtschaftsknoten funktioniert, fordern wir den vollständigen Verzicht und die sofortige Einstellung aller Aktivitäten des LNG-Terminals. Die Idee, den Hafen zu einem Spezialterminal der Offshore-Windenergie zu machen, lehnen wir ab.

Der Hafen Rostock sollte zum zentralen Logistikknoten ausgebaut werden und damit wettbewerbsfähig zu anderen westeuropäischen Großhäfen bleiben (Ausbau der seeseitigen Zufahrten/Fährinnenvertiefung und Ausbau der Schienen-Hinterlandanbindungen).

Wir wollen auch in Zukunft die Werften gezielt unterstützen. Sie sind unverzichtbarer Bestandteil industrieller Wertschöpfung, technologischer Kompetenz und sollen auch zukünftig Arbeitsplätze absichern. Wir sehen die Schwerpunkte dabei im Spezialschiffbau, wie z. B. Marineschiffbau, Schiffe und Anlagen zur Munitionsbergung, für die Forschung und den Küstenschutz.

Ganz aktuell eingegangene Rüstungsaufträge (TKMS) bedeuten für die Werft Wismar den Aufwuchs zusätzlicher Arbeitsplätze. Die Gründung der Meyer Wismar, als Teil der Papenburger Meyer Werft erschließt hier den Einstieg ins Kreuzfahrtschiffsegment (Disney Cruise). Moderne Schiffsantriebe sind ein weiteres technologisches Feld. Die Werft Stralsund beispielsweise bereits eine total solarangetriebene Yacht gebaut.

Frage 9

Wie wollen Sie die grenzüberschreitende Mobilität nach Polen und in die Metropolregion Stettin unterstützen?

Wir wollen einen zweckmäßigen Erhalt und bedarfsgerechten Ausbau klassischer Verkehrsinfrastruktur (Straßenverbindungen und funktionale Schienenwege/Elektrifizierung der Strecke nach Stettin), die als Gütertransportachsen der eigenen Wirtschaft und als Pendlerachsen dienen. Zur Absicherung der Verkehrsflüsse und als Mittel gegen illegale Migration sollen strikte polizeiliche Kontroll- und Schutzmechanismen dauerhaft eingerichtet sein.

Ostseeraum und Zusammenarbeit

Frage 10

Wie wollen Sie die Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Polen, Dänemark und Schweden vertiefen, um Herausforderungen im Ostseeraum – Migration, Sicherheit, Wirtschaft und Umwelt – gemeinsam zu lösen?

Es gibt Politikbereiche bei denen wir mit oben genannten Ostseestaaten gleichermaßen positioniert sind. Wir beobachten und teilen den restriktiven Kurs, den Dänemark und Schweden in der Migrationspolitik umsetzen und der dort die Migrationszahlen stark eingedämmt hat und sehen dies als Vorbild für unsere eigenen Forderungen: Sachleistungen statt Geldleistungen, eine Absenkung der Sozialstandards für Asylbewerber, eine drastische Begrenzung der Zuzugszahlen und konsequente Rückführungen. Im Austausch wollen wir die Erfahrungen nutzen, die dort in der Umsetzung gemacht wurden.

Mit Polen eint uns die Auffassung, dass die Sicherheit in den Grenzgebieten nur durch dauerhaft installierte Grenzkontrollen (Deutsch-Polnischer Polizeistreifen) gewährleistet werden kann.

Eine Vertiefung im Bereich der Wirtschaft, wird sich aus unserer Sicht stetig aus gemeinsamen Interessen im Rahmen des freien europäischen Binnenmarktes ergeben.

Im Bereich der Umweltpolitik steht der Schutz der Ostsee als maritimes Ökosystem ganz oben auf der Agenda. Anders als die Länder Dänemark und Polen, die Offshore-Windparke derzeit dynamisch in großen Einheiten ausbauen, hat Schweden den weiteren Offshore-WKA-Ausbau aus sicherheitspolitischen Gründen gestoppt (sieht eine Störung militärischer Frühwarnsysteme und Radaranlagen). Wir wollen keinen weiteren Ausbau von Offshore-Windparks. Wir befürworten eine enge Zusammenarbeit mit Dänemark, Schweden und Polen, die nicht von ideologischen Dogmen eingeengt ist.

Strukturpolitik und Fördermittel

Frage 11

Die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) sind eine entscheidende Investition der EU in strukturschwache Regionen wie Mecklenburg-Vorpommern. Wie werden Sie sich in die Diskussionen um den MFR einbringen, um eine auskömmliche Unterstützung für Mecklenburg-Vorpommern zu sichern? Unterstützen Sie den Vorstoß von EU-Kommission und Bundesregierung, in der kommenden Förderperiode mehr Entscheidungsgewalt über die konkreten Förderungen auf nationalstaatliche Ebene zu bündeln? Wie können die ESIF in Mecklenburg-Vorpommern am besten genutzt werden, um Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu schaffen?

Alle bisherigen Struktur- und Investitionsfonds werden zukünftig im „Europäischen Fonds für wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Fischerei und Meere, Wohlstand und Sicherheit für den Zeitraum 2028-2034 (NRPP-Verordnung)“ subsumiert.

Pro EU-Mitgliedsstaat muss ein „National und regionaler Partnerschaftsplan“ (NRPP) der EU vorgelegt werden, um Fördermittel zu bekommen. Die Diskussion darum, welche Bundesländer/Regionen und welche Politikbereiche welchen Anteil an den zukünftig national zugewiesenen Förderbudgets bekommen sollen, zentralisiert die Entscheidungen und der Bund kann aus unserer Sicht mehr Einfluss nehmen. Laut den EU-Plänen soll es für „weniger entwickelte Gebiete“ (die Indikatoren dafür liegen noch nicht vor) mindestens so viele Mittel geben wie zur derzeitigen Kohäsionspolitik. Die Bundesländer müssen also zur Aufstellung des NRPP-Deutschland hart verhandeln, um ihre länder- und regionalspezifischen Förderschwerpunkte durchzusetzen.

Mehr Wertschöpfung und Arbeitsplätze werden aus unserer Sicht eher durch Fördermittel aus dem „Europäischen Wettbewerbsfähigkeitsfonds (ECF)“ entstehen. Besondere Chancen sehen wir hier für die Hochschulen in der Kooperation Wissenschaft und Wirtschaft für neue Innovationen Fördermittel generieren zu können.

Anhang zu den WPS der Europa Union MV

Recherche Frage 2: WPS Europa Union

Thema Fischerei versus Artenvielfalt

Wie positioniert sich die AfD in MV zum Thema Fischerei versus Artenschutz?

Die AfD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern (MV) positioniert sich in der Debatte „Fischerei versus Artenschutz“ klar aufseiten der traditionellen Küstenfischerei und fordert, dass wirtschaftliche und soziale Interessen der Fischer sowie der Erhalt der maritimen Kultur Vorrang vor strengen, pauschalen Naturschutzverböten haben. Der Tenor ist dabei, dass restriktiver Artenschutz oft als ideologiegetrieben betrachtet wird und existenzbedrohend für die regionale Fischwirtschaft sei.

Die wichtigsten Kernpunkte der AfD-Position im Überblick:

- **Ablehnung von Fang- und Stellnetzverboten:** Die AfD spricht sich vehement gegen Angel- und Stellnetzverbote in Schutzgebieten aus. Sie fordert stattdessen regionale Managementpläne, um der Küstenfischerei weiterhin das Überleben zu sichern.
- **Forderung nach einem Fischereifonds:**
AfD Bundestagsfraktion: Antrag 21/2551 (6.11.2025) Um den Fischern finanzielle Sicherheit zu bieten, setzt sich die Partei für die Einrichtung eines zweckgebundenen „Fischereifonds“ ein. Dieser soll sich unter anderem aus Offshore-Ausschreibungen finanzieren und als Ausgleich für verlorene Fangräume oder für Soforthilfen dienen.
- **Konsequentes Kormoran- und Prädatorenmanagement:** Ein zentrales Anliegen der AfD im Landtag ist die Bekämpfung von Fressfeinden der Fische, insbesondere des Kormorans. Sie fordert eine Ausweitung der Kormoranverordnung sowie gezielte Bestandsreduzierungen (Bejagung), um die wirtschaftlichen Schäden für die Berufsfischer abzuwenden.
- **Befürwortung des „Sea-Ranger“-Programms:** Die AfD unterstützt Initiativen wie das sogenannte „Sea-Ranger-Programm“. Dieses Konzept soll Fischern neue Perspektiven eröffnen, indem sie als „Förster der Meere“ neben der Fischerei auch Aufgaben der ökologischen Bewirtschaftung und Überwachung übernehmen.

Weitere Informationen zu den parlamentarischen Initiativen der Partei können Sie direkt den verlinkten [Landtagsdrucksachen](#) entnehmen oder auf dem offiziellen Portal der [AfD-Landtagsfraktion MV](#) nachlesen. Die Positionen der Landesregierung zum selben Themenfeld, inklusive der EU- und Natura-2000-Schutzrichtlinien, finden Sie im [Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt MV](#).

Antrag der AfD Fraktion

Drs. 8/3736 (29.05.2024)

Fischer unterstützen – Sea-Ranger-Programm fördern

PM zu obigem Antrag

Paul Timm: Unterstützung für das Sea-Ranger-Programm ausbauen

Im Schweriner Landtag wurde der Antrag der AfD-Fraktion zur Förderung des Sea-Ranger-Programms und der Unterstützung der Küstenfischerei in Mecklenburg-Vorpommern diskutiert. Der fischereipolitische

Sprecher der AfD-Fraktion, Paul Timm, fordert darin unter anderem eine verstärkte finanzielle Unterstützung des Programms, das den Fischern neue berufliche Perspektiven eröffnet:

„Das Sea-Ranger-Programm ist eine hervorragende Initiative, die unseren Küstenfishern nicht nur neue Einkommensquellen bietet, sondern auch zur Sicherung der traditionellen Fischerei beiträgt.

Durch die Ausbildung zum ‚Förster der Meere‘ erhalten die Fischer zusätzliche Qualifikationen, die ihnen helfen, ihre Betriebe zukunftssicher zu gestalten und gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz und zur Forschung zu leisten.

Wir dürfen nicht zulassen, dass die Küstenfischerei, die einen wichtigen Teil der Identität unseres Landes ausmacht, langsam verschwindet. Das Sea-Ranger-Programm zeigt, dass es Wege gibt, diese Tradition zu bewahren und gleichzeitig auf die Herausforderungen der modernen Zeit zu reagieren. Die Fischer können durch ihre Arbeit im Tourismus, in der Forschung und im Umweltschutz die Küstenregion nachhaltig stärken.

Es ist wichtig, dass die Landesregierung dieses Projekt nicht nur finanziell unterstützt, sondern auch die Mittel des Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds für die Ausbildung von Sea Rangern gezielt einsetzt. Nur so kann sichergestellt werden, dass dieses Programm langfristig erfolgreich bleibt und sowohl den Fischern als auch der gesamten Region zugutekommt.“

Recherche zu Frage 4: WPS Europa Union

Austauschprogramme für Schüler und Auszubildende

Die Europäische Union und verschiedene Bundesministerien bieten hervorragende Programme für Schüler und Auszubildende an, um Auslandserfahrungen zu sammeln, Fremdsprachen zu verbessern und neue Arbeitsweisen kennenzulernen.

Hier ist eine Übersicht der wichtigsten und am weitesten verbreiteten europäischen Austauschprogramme:

1. Erasmus+ (Für Schüler und Auszubildende)

Das mit Abstand größte Förderprogramm der EU ist [Erasmus+](#). Es deckt sowohl den Schulbereich als auch die Berufsbildung ab.

- **Für Schüler:** Ermöglicht den Besuch einer Partnerschule (von wenigen Tagen bis zu einem ganzen Schuljahr). Auch Gruppen- und Klassenaustausche werden gefördert.
- **Für Auszubildende:** Ermöglicht geförderte Auslandspraktika in Betrieben oder Bildungseinrichtungen in ganz Europa (Dauer: meist 2 Wochen bis 12 Monate).
- **Wie bewerben?** Einzelpersonen können sich nicht direkt bei der EU bewerben. Der Austausch erfolgt über die eigene Schule, den Ausbildungsbetrieb oder die Berufsschule, die entsprechende Fördergelder beantragen. Den passenden Praktikumsplatz oder Informationen zu Konsortialprojekten finden Sie über den Stipendienfinder.

2. Förderprogramme des BMBF (Berufsbildung ohne Grenzen)

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unterstützt Auszubildende gezielt bei Auslandsaufenthalten innerhalb Europas (z. B. in Frankreich, Polen oder Norwegen).

- **Programme:** Bietet Aufenthalte von 3 bis 12 Wochen an, bei denen man in Gastfamilien oder Jugendherbergen untergebracht wird.
- **Beratung:** Die [Initiative Berufsbildung ohne Grenzen \(BOB\)](#) berät Auszubildende und Betriebe kostenlos zu Fördermöglichkeiten, Planung und Versicherung.

3. Deutsch-Französisches Jugendwerk (DFJW)

Das DFJW ist eine Einrichtung, die den Austausch zwischen Deutschland und Frankreich besonders intensiv fördert.

- **Für Schüler:** Es gibt spezielle Programme wie den Brigitte-Sauzay-Programm (für Schüler der 8. bis 11. Klasse, Dauer: 2 bis 3 Monate) oder das [Voltaire-Programm](#) (6 Monate Austausch).
- **Für Auszubildende:** Das DFJW fördert individuelle Praktika in französischen Betrieben (für Azubis in der dualen Ausbildung, Dauer: 2 Wochen bis zu 3 Monate) und bietet Sprachkurse an.

4. Deutsch-Polnisches Jugendwerk (DPJW)

Ähnlich wie das DFJW fördert das DPJW den Schüleraustausch und die Begegnung von Auszubildenden und jungen Berufstätigen zwischen Deutschland und Polen.

5. Landesspezifische Programme und Austauschorganisationen

Neben den großen EU-Programmen gibt es oft regionale Fördertöpfe der einzelnen Bundesländer. Zudem vermitteln klassische Austauschorganisationen (z. B. über den Arbeitgeberverband) gezielt Plätze. Eine neutrale Orientierung und Beratung bietet die zentrale Datenbank

Absolvierung eines „freiwilligen sozialen Jahres in Europa“ wird neben anderen Anbietern z. B. vom ESK-Europäisches Solidaritätskorps angeboten.

Recherche zu Frage 8: WPS EuropaUnion

Wie will die AfD MV die Häfen Rostock und Sassnitz/Mukran als europäische Knotenpunkte stärken?

Die AfD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern (MV) verfolgt das Ziel, die traditionelle maritime Wirtschaft im Ostseeraum zu reaktivieren und fordert eine grundlegende Neuausrichtung der Landeshafenpolitik.

Ihre Positionen zur Stärkung der Standorte **Rostock** und **Sassnitz/Mukran** als europäische Knotenpunkte umfassen im Kern folgende Ansätze:

1. Rückkehr zum klassischen Güterumschlag und Fährverkehr

- **Sassnitz/Mukran als Skandinavien- und Baltikum-Hub:** Der Hafen Mukran soll wieder verstärkt als klassisches Drehkreuz für den Eisenbahn- und Fährverkehr in Richtung Schweden, Dänemark, Finnland und das Baltikum genutzt werden. Die AfD fordert, das Potenzial der einzigartigen Breitspur-Gleisanlagen (für osteuropäische Bahnen) und Multipurpose-Terminals für den internationalen Transitverkehr abseits einseitiger Nutzungen wiederzubeleben.
- **Rostock als zentraler Logistikknoten:** Für den Rostocker Hafen wird ein forciert Ausbau der seeseitigen Zufahrten (Fahrinnenvertiefung) und der Schienen-Hinterlandanbindung gefordert, um im Wettbewerb mit den westeuropäischen Großhäfen wettbewerbsfähig zu bleiben und größere Frachtschiffe abzufertigen.

2. Striktes Nein zum LNG-Terminal in Mukran

Ein zentraler politischer Hebel der AfD zur Erhaltung des Standorts Sassnitz/Mukran ist der **vollständige Verzicht auf das dortige LNG-Terminal**. Die Fraktion argumentiert, dass das Terminal:

- Den wichtigen **Tourismussektor auf Rügen schädigt** (durch Lärm- und optische Beeinträchtigungen).
- Den Hafen als multifunktionalen Wirtschaftsknoten blockiert und Umweltauflagen in sensiblen Ostseebuchten verletzt.

- Durch nachgewiesene Grenzwertüberschreitungen (z. B. beim Lärm) die Lebensqualität der Anwohner massiv belastet. Die AfD fordert daher die sofortige Einstellung aller LNG-Aktivitäten auf Rügen.

3. Kritik am Fokus auf die "Grüne Transformation"

Im Gegensatz zur Landesregierung (SPD und Linke), welche die Häfen primär als Basis für die Offshore-Windenergie und die "Nationale Hafenstrategie" umbauen will, steht die AfD der Fokussierung auf erneuerbare Energien kritisch gegenüber.

- Während die politische Konkurrenz den Ausbau des Hafens Mukran zum Spezialterminal für Offshore-Windenergie forciert, warnt die AfD vor einer ideologisch getriebenen Energiepolitik, die zulasten des klassischen, breiter aufgestellten maritimen Handwerks und des industriellen Umschlags geht.

4. Forderung nach stabilerer Finanzierung durch den Bund

Die AfD unterstützt im Landtag die Forderungen nach einer signifikanten **Erhöhung der Bundesmittel für Seehäfen**. Sie kritisiert, dass Mecklenburg-Vorpommern im nationalen Vergleich zu geringe Zuwendungen für den Erhalt und Ausbau seiner kritischen Hafeninfrastruktur erhält. Nur mit massiven Investitionen in Kaimauern, Vertiefungen und Logistikflächen ließen sich Rostock und Mukran als europäische Knotenpunkte langfristig sichern.

Recherche zu Frage 9: WPS EuropaUnion

Wie will die AfD in MV die Mobilität nach Polen und in die Metropolregion Stettin stärken?

Die AfD in Mecklenburg-Vorpommern verfolgt bezüglich der Mobilität und Infrastruktur nach Polen und in die Metropolregion Stettin einen Ansatz, der vor allem auf den **Ausbau leistungsfähiger, klassischer Verkehrswege** sowie auf **strikte Grenzkontrollen** setzt. Im aktuellen Wahl- und Regierungsprogramm der Partei für die Landtagswahl lassen sich die Pläne für den grenzüberschreitenden Verkehr und die Region wie folgt zusammenfassen:

- **Ausbau von Schienen- und Straßenverbindungen:** Die AfD unterstützt grundsätzlich den bedarfsgerechten Ausbau wichtiger Fernverkehrs- und Pendlerachsen. Im Fokus stehen hierbei funktionale Schienenstrecken und Straßenverbindungen, die für den Güterverkehr und die lokale Wirtschaft wichtig sind, um die Anbindung des östlichen Mecklenburg-Vorpommerns an das Oberzentrum Stettin zu sichern.
- **Fokus auf wirtschaftliche Mobilität:** Die Stärkung der Infrastruktur wird primär als Instrument zur Wirtschaftsförderung und zur Entlastung einheimischer Pendler und Unternehmen verstanden. Grenzüberschreitende Mobilität soll reibungslos funktionieren, solange sie dem regionalen Markt und legalen Pendlern dient.
- **Gleichzeitige Verschärfung von Grenzkontrollen:** Ein zentraler Kernaspekt der AfD-Politik in der Grenzregion ist die Koppelung von Infrastruktur an Sicherheit. Die Fraktion fordert vehement die Einführung und dauerhafte Beibehaltung einer **eigenen Grenz- und Rückführungspolizei** an der deutsch-polnischen Grenze. Grenzüberschreitender Verkehr soll demnach durch feste Kontrollen strenger überwacht werden, um illegale Migration zu unterbinden, was im Kontrast zu den weitreichenden, bürokratiefreien

Verflechtungsplänen der aktuellen Landesregierung (wie der institutionalisierten [Metropolregion Stettin](#)) steht.

- **Kritik an rein ideologischer oder „grüner“ Verkehrspolitik:** Die Partei lehnt im Nah- und Regionalverkehr teure, staatlich subventionierte Preissysteme wie das Deutschlandticket ab und fordert stattdessen direkte, strukturelle Entlastungen und den Fokus auf den Erhalt der Kerninfrastruktur (wie Brücken und Straßen) statt rein internationaler Preissubventionen.

Zusammenfassend will die AfD die Mobilität nach Stettin primär durch den **Erhalt und den bedarfsgerechten Ausbau der klassischen Transportwege für Wirtschaft und Pendler** sichern, diesen Verkehrsfluss jedoch an **strikte polizeiliche Kontroll- und Schutzmechanismen** an den Grenzübergängen koppeln.

Recherche zu Frage 10 WPS Europa Union

Wie will die afd zusammen mit Polen, Schweden und Dänemark die Probleme Migration, Sicherheit, Wirtschaft und Umwelt lösen?

Die AfD strebt keine direkte, formelle Zusammenarbeit auf Regierungsebene mit Polen, Schweden und Dänemark an, da sie als nationalkonservative Partei das **Prinzip der nationalen Souveränität** betont. Stattdessen sieht die AfD die dortigen restriktiven politischen Ansätze – insbesondere in der Migrationspolitik – als **Modell und Begründung für die eigene Programmatik**. Die Lösungsansätze der AfD im Kontext dieser Länder teilen sich wie folgt auf:

Migration und Sicherheit

Die AfD fordert eine radikale Kehrtwende in der Asylpolitik und nimmt sich dabei vor allem die skandinavischen Länder als Vorbild:

- **Modell Dänemark und Schweden:** Die AfD verweist regelmäßig auf den restriktiven Kurs Dänemarks und Schwedens, um eigene Forderungen nach Sachleistungen statt Geldleistungen, einer Absenkung von Sozialstandards für Asylbewerber und einer drastischen Reduzierung der Zuzugszahlen zu rechtfertigen.
- **Nationaler Grenzschutz:** Zusammen mit Polen befürwortet die AfD den physischen Schutz der Außengrenzen (z. B. durch Grenzzäune). Die AfD fordert, die Migrations- und Asylpolitik komplett aus der EU-Zuständigkeit herauszulösen und rein national zu regeln.
- **Remigration und Abschiebung:** Sicherheit soll durch die konsequente Abschiebung ausreisepflichtiger Personen und die Ausweitung von Grenzkontrollen im Inland gewährleistet werden.

Wirtschaft

Die AfD lehnt eine vertiefte supranationale Integration der EU ab und fordert stattdessen die Rückabwicklung der Europäischen Union hin zu einer reinen **Wirtschafts- und Interessengemeinschaft**.

- **Erhalt des Binnenmarktes:** Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Polen, Schweden und Dänemark soll sich rein auf den freien Handel im europäischen Binnenmarkt beschränken.
- **Nationaler Fokus statt Fachkräftezuwanderung:** Während Ökonomen und andere Parteien auf qualifizierte Zuwanderung setzen, will die AfD den Fachkräftemangel durch eine Aktivierung inländischer Potenziale, bessere Bildung und eine höhere Geburtenrate lösen.

- **Abgrenzung zu Polen:** Trotz punktueller inhaltlicher Nähe (z. B. beim Lob für Polens Bürokratieabbau) lehnt die AfD die polnischen Reparationsforderungen für den Zweiten Weltkrieg strikt als inakzeptabel ab.

Umwelt und Energie

In der Umwelt- und Klimapolitik unterscheidet sich die AfD grundlegend von den aktuellen Regierungslinien Schwedens, Dänemarks und Polens. Die AfD setzt auf eine fundamentale Abkehr von der europäischen Klimapolitik.

- **Abschaffung von Klimavorgaben:** Die AfD fordert das Ende des EU-Emissionshandels sowie des „Green Deals“. Sie lehnt Maßnahmen zur CO₂-Reduktion ab.
- **Fokus auf fossile Energien und Kernkraft:** Zur Sicherung der Wirtschaft setzt die AfD auf die Förderung von Verbrennungsmotoren und billige fossile oder nukleare Energie – ein Ansatz, den sie in Teilen bei der polnischen Energiepolitik lobt, der jedoch im Widerspruch zur starken skandinavischen Ausrichtung auf erneuerbare Energien steht.

Recherche zu Frage 10 WPS Europa Union

Wie stehen die Länder Dänemark, Schweden und Polen zu Offshore-Windparksen?

Die drei Ostsee-Anrainerstaaten **Dänemark, Schweden und Polen verfolgen sehr unterschiedliche Strategien beim Ausbau von Offshore-Windparks**, die von enthusiastischer Pionierarbeit über militärisch begründete Blockaden bis hin zu einem massiven, strategischen Späteinstieg reichen. Während Dänemark und Polen die Offshore-Windkraft als zentrale Säule ihrer zukünftigen Energieversorgung forcieren, bremst Schweden den Ausbau im eigenen Land derzeit drastisch aus.

DK

Dänemark: Der ambitionierte Pionier

Dänemark nimmt weltweit eine Vorreiterrolle ein und treibt den Ausbau mit einer **aggressiven Expansionsstrategie** voran.

- **Aktueller Status & Ziele:** Das Land verfügt bereits über rund 2,7 Gigawatt (GW) installierte Leistung auf See. Bis 2030 sollen im Rahmen staatlicher Milliarden-Förderprogramme allein durch neue Ausschreibungen mindestens 3 GW hinzukommen.
- **Megaprojekte:** Ein Kernstück ist die [Bornholm Energy Island](#). Die Ostsee-Insel wird gemeinsam mit Deutschland zu einer Stromdrehzscheibe ausgebaut, um ab 2030 rund 3 GW Windstrom direkt in die Netze beider Länder einzuspeisen.
- **Fokus:** Sektorkopplung (insb. die Verknüpfung von Offshore-Wind mit einer geplanten Wasserstoff-Pipeline nach Deutschland) und die Etablierung europäischer Energie-Verbundnetze.

SE Schweden: Blockade aus Sicherheitsgründen

Schweden besitzt zwar theoretisch gewaltige Projektpipelines, verfolgt real jedoch einen **sehr restriktiven und skeptischen Kurs**.

- **Militärisches Veto:** Die schwedische Regierung hat Ende 2024 die Pläne für 13 von 14 geplanten Offshore-Windparks in der Ostsee aus nationalen Sicherheitsinteressen komplett gestoppt. Das Verteidigungsministerium argumentierte, die rotierenden Turbinen würden die militärischen Frühwarnsysteme und die Radarüberwachung gegenüber Russland massiv stören.
- **Konsequenz:** Aktuell sind in schwedischen Gewässern nur magere 0,2 GW Offshore-Leistung am Netz. Obwohl die Industrie warnt, dass Schweden dadurch im grünen Industriewettbewerb ins Hintertreffen gerät, konzentriert sich die Politik primär auf Onshore-Wind und den Ausbau der

Kernkraft. Erste Regionen (wie Schonen) versuchen nun mühsam, über neue Genehmigungsrounds Kompromisse mit dem Militär zu finden.

PL Polen: Der dynamische Neueinsteiger

Polen befindet sich mitten in einem **massiven Boom** und sieht Offshore-Windkraft als den Schlüssel, um die traditionelle Abhängigkeit von der Kohle sowie russischen Energieimporten zu brechen

- **Projekt-Rallye:** Polen hat aktuell noch keine aktiven Offshore-Anlagen am Netz, baut aber in Rekordtempo. Das erste Großprojekt *Baltic Power* (1,2 GW) befindet sich in der finalen Bauphase und soll Ende 2026 den ersten Strom liefern.
- **Ausbauziele:** Bis 2030 will Polen 5,9 GW auf See installieren, langfristig sind bis zu 12 GW oder mehr über insgesamt 19 Großprojekte geplant.
- **Verteidigungs-Vorteil:** Im direkten Gegensatz zu Schweden betrachtet Polen Offshore-Windparks als Chance für die nationale Sicherheit. Die Fundamente und Plattformen sollen gezielt mit militärischen Radar- und Sonarsystemen ausgestattet werden, um die Überwachung der Ostsee zu verbessern. Zudem investiert das Land massiv in eigene Installationshäfen (Gdańsk und Świnoujście).

Direktvergleich der Länderpositionen

Land	Installierte Leistung	Strategische Haltung	Hauptfokus
Dänemark	~2,7 GW	Extrem positiv, treibende Kraft in Europa	Grenzüberschreitende „Energieinseln“ & Wasserstoff
Schweden	~0,2 GW	Sehr restriktiv / blockierend	Nationale Verteidigung und Schutz vor Spionage
Polen	0 GW (im Bau)	Hochgradig progressiv	Schnelle Dekarbonisierung & militärische Co-Nutzung